



Society for  
International Development  
**Chapter Bonn**

Nachlese zu dem 110. Entwicklungspolitischen Fachgespräch, 08.09.2015

## **Kommunale Entwicklungspartnerschaften als Instrument zur Erreichung der globalen Klima- und Nachhaltigkeitsziele**

mit Dr. Stefan Wilhelmy,

Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Engagement Global gGmbH

### **Vortrag**

Bereits seit einiger Zeit wird über die Möglichkeiten des Engagements von Kommunen in der EZ diskutiert. So führte das damalige DIE vor einigen Jahren eine Studie durch, die dieser Frage nachging. Festzuhalten ist, dass zumindest seinerzeit (2008) in vielen anderen Ländern die entsprechenden Strukturen bereits deutlich besser ausgebaut waren. Aber auch in Deutschland wurde seither die wachsende Bedeutung der kommunalen EZ zunehmend erkannt: seit 2013 besteht hierfür ein eigener Haushaltstitel im Bundeshaushalt in Höhe von derzeit 6 Millionen Euro. Begonnen hat die Entwicklung jedoch mit dem Engagement kommunaler Akteure. Hier setzt die Arbeit der SKEW an, die interessierten Kommunen Informationen, Vernetzung, sowie organisatorische und finanzielle Unterstützung anbietet. Im Juli 2015 erfolgte zudem ein Bundestagsbeschluss über die Nutzbarmachung der Urbanisierung für die EZ (siehe [Link](#)). Teil der daraus abgeleiteten Forderungen ist die Förderung kommunalen Engagements in der EZ. Hintergrund dieser Entwicklung ist ein zunehmender Fokus der EZ auf die Kommunen als diejenigen Akteure, die Beschlüsse und Veränderungen umsetzen sollen bzw. müssen. Auch im BMZ gibt es eine wachsende Wahrnehmung der Rolle und Möglichkeiten von Kommunen in der EZ (siehe [Link](#)).

Auf internationaler Ebene besteht diese Entwicklung seit der Konferenz für Umwelt und Entwicklung von Rio de Janeiro (UNCED, 1992) und der dann ausgelösten (lokalen) Agenda 21-Bewegung. Durch die Einrichtung der SKEW kam die gezielte Ansprache von Kommunen als Projektträger hinzu. Heute sind rund 500 (von insgesamt 11.000) deutsche Kommunen entwicklungspolitisch aktiv. Genaue Statistiken zu Art und Umfang dieses Engagements gibt es zwar nicht. Gewisse Trends sind jedoch auszumachen: so gibt es ca. 400 bei SKEW involvierte Kommunen. Von diesen haben rund 300 Partner im Globalen Süden. Es gibt zudem einen deutlichen Zuwachs: allein in 2014 kamen 80 Kommunen hinzu. Dabei ist das Engagement im Westen und Süden tendenziell stärker ausgeprägt als im Norden und Osten

der Republik. Auch ähneln sich Größe und Wirtschaftskraft der aktiven Kommunen. Bei der Beurteilung des kommunalen Engagements ist die grundsätzliche Leistungsfähigkeit der jeweiligen Kommunen zu beachten (i. A. abhängig von der Größe).

Was können Kommunen in der EZ tun? Klassische internationale Partnerschaften, im Sinne von Städtepartnerschaften werden zunehmend von Projektpartnerschaften abgelöst. Daneben steht auch die Frage des Anteils der Kommunen an Beschaffungs- und Wirtschaftsprozessen im Fokus (Nachhaltigkeit, Fairtrade). Ein weiterer Bereich ist das Thema Migration/Integration. Ziele sind hierbei die Einbindung von Migranten aus Partnerländern oder das Aufgreifen des bestehenden entwicklungspolitischen Engagements von Migrantengruppen. Der Umgang mit Flucht und Geflüchteten ist in diesem Kontext neu. Bislang ist zu beobachten, dass sich entsprechendes Engagement von Migranten erst nach erfolgreicher Etablierung in Deutschland herausbildet bzw. unterstützt wird. Offen ist nun, ob auch Flüchtlinge aktiv eingebunden werden können. Dabei stellen sich auch rechtliche Fragen, z. B. nach der Residenzpflicht von Flüchtlingen.

Ein weiteres Arbeitsfeld ist die Gestaltung der Zusammenarbeit. Die Erfahrung zeigt, dass oftmals die deutschen Kommunen die finanziellen Mittel einbringen, ihre Kooperationspartner hingegen auch ein hohes fachliches Niveau aufweisen. Zudem agieren sie oft mit großem Selbstbewusstsein und gestalten ihrerseits die Kooperation aktiv mit. Dies führt zu Lernprozessen auf allen Seiten. Im Bereich der Anpassung an den Klimawandel können z. B. die Auswirkungen, die in der Partnerkommune sichtbar werden, bei der Vermittlung politischer Ziele helfen. Ein Problem stellt dabei jedoch die oft große Differenz in den (Lebens-)Bedingungen dar, z. B. hinsichtlich des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes.

Hinsichtlich Themen wie regionale Energieversorgung, Verkehr und Transport, Infrastruktur, etc. verfügen deutsche Kommunen über ein hohes technisches und fachliches Know how. Hier bestehen Anknüpfungspunkte für andere Kommunen mit ähnlichen Herausforderungen und Aufgaben. Daher stellt sich die Frage nach den Rahmenbedingungen: warum sind nur so wenige Kommunen tatsächlich entwicklungspolitisch aktiv? Vorrangig besteht ein Mangel an personellen und finanziellen Ressourcen. Teilweise wirken sich die rechtlichen Rahmenbedingungen negativ aus. Ein weiteres Problem ist, dass nicht in allen Partnerländern die Stärkung von Kommunen erwünscht ist. Und oftmals fehlt es auch an geeigneten Mitarbeitern für die Umsetzung von Projekten.

## **Diskussion**

**Frage: Wie ist die rechtliche Situation von Kommunen in diesem Bereich, dürfen sie überhaupt international aktiv sein? Oder handeln die Bürgermeister eigenmächtig?**

Antwort: Grundsätzlich werden die Befugnisse der Kommunen in den Gemeindeordnungen

der Länder geregelt. Hier ist die rechtliche Position auf Grund von uneinheitlichen Regelungen nicht völlig klar. I. A. wird jedoch die Bearbeitung der internationalen Themen akzeptiert, die auch im Inland in den Zuständigkeitsbereich der Kommunen fallen. Dazu gehört dann auch der Personalaustausch. Meist beruht die Umsetzung der Projekte jedoch auf dem zusätzlichen Engagement von Mitarbeitern neben ihren sonstigen Aufgaben.

**Abseits von globalen Trends, welche Anliegen beschäftigen Kommunen besonders? Gibt es einen Zusammenhang zwischen bürgerschaftlichem Engagement und der Einsatzbereitschaft der Verwaltungen?**

Ja, tendenziell kann ein solcher Zusammenhang angenommen werden. Es gibt jedoch keine validen Daten dazu. Die bearbeiteten Themen sind vor allem abhängig von der Region des Engagements und dem dortigen Bedarf z.B. an Wasser, Stromversorgung oder wirtschaftlicher Kooperation. Wichtige Themen sind aber auch Aufbau/Steuerung der Verwaltung, Einbindung der Bürger und Steuern.

**Bürgermeister sind in ihren Entscheidungen abhängig von den Gemeindevertretungen. Hier besteht sicherlich ein Vorrang von lokalen Bedarfen. Wäre es daher nicht sinnvoll, seitens des Bundes zentral Gelder projektbezogen zur Verfügung zu stellen? Oder auch den Kommunalen Spitzenverbänden an-/einzubinden?**

Bislang ist die kommunale EZ bei den Kommunalen Spitzenverbänden nur ein Randthema, da es sich nicht um eine Pflichtaufgabe handelt und Konkurrenz zu anderen freiwilligen Aufgaben besteht. Seit 2013 besteht die Möglichkeit, dass Kommunen (z.B. im Rahmen des Projektes „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte, Nakopa“) finanzielle Mittel des BMZ bei der SKEW beantragen können. Es gibt zudem Ideen (sowie erste Pilotprojekte), um entsprechende Strukturen auch personell zu stärken.

**Muss die SKEW auf Anträge von Kommunen warten oder können Kommunen aktiv angesprochen werden?**

Das Instrument der Klimapartnerschaften ist ein guter Aufhänger, um neue Kommunen anzusprechen. Es ist ein eingängiges Thema und damit attraktiv für Kommunen. Grundsätzlich ist es aber eine Herausforderung, geeignete Instrumente zu entwickeln, um weitere Kommunen einzubinden. Geld/Förderung ist dabei meist nicht das vorrangige Problem, sondern vielmehr wird strukturelle Unterstützung benötigt. Die Partnerkommunen sind bislang vor allem in Afrika und Lateinamerika, zunehmend aber auch in Asien und Osteuropa angesiedelt.

**Gibt es im Globalen Südens flächendeckend leistungsfähige kommunale Strukturen? Kann in bestimmten Regionen überhaupt von Kommunen in unserem Sinne gesprochen werden?**

Nach Einschätzung der SKEW sind kommunale Strukturen in allen Weltregionen vorhanden, zu denen deutsche Kommunen partnerschaftliche Beziehungen unterhalten, ja muss es diese – auch in sehr zentral geführten Ländern – sogar geben. Sehr große Unterschiede bestehen jedoch dahingehend, welche Entscheidungsbefugnisse die kommunalen Vertreter jeweils haben.

**Wie läuft die Arbeit der SKEW praktisch ab? Gibt es Ausschreibungen? Wird auf Anträge/Anfragen gewartet?**

Die Programmgestaltung wird von einem Beirat begleitet. Dieser stellt auch eine breite Stakeholderebene sicher. Aus diesem Bereich kommen viele Anregungen. Zudem ergreift die SKEW auch eigene Initiativen zu Themen, die wichtig werden. Anknüpfungspunkte sind dabei Themen, die für Kommunen und ihre Partner aktuell sind.

**Gibt es Beispiele, bei denen deutsche Kommunen etwas von Partnern übernommen haben?**

Ja, u. a. die Bürgerhaushalte, erfunden in Porto Alegre. Diese werden als erfolgreiche Entwicklung des Südens mittlerweile von hunderten Kommunen in Deutschland eingesetzt. Problematisch ist dabei nur, dass Haushalte in deutschen Kommunen anders strukturiert sind als im Kontext der Originalidee. Die Bürger können bei uns letztlich nur wenig mitentscheiden. Auch die Klimapartnerschaften führen z.B. oft zu fruchtbarem Austausch.

**Welche Rolle spielen die Sustainable Development Goals?**

Eines der neu formulierten Ziele ist ein reines Kommunalziel. Dies bringt hoffentlich weiteren Schub für kommunales Engagement. Bislang wurden auch die MDG bereits genutzt, um Kommunen anzusprechen. Dies war jedoch schwierig, weil die konkreten Anknüpfungspunkte für deutsche Kommunen fehlten. Bei den SDG sollte dies auf Grund ihrer Formulierung und Reichweite anders sein. Zukünftig sollten sie auch für den Partnerschaftsdialog genutzt werden. Insgesamt wird der Druck zur Einhaltung der SDG wohl zunehmen, neue Diskussionen sind zu erwarten.